

NEIN zum ruinösen und unsozialen Energiegesetz – NEIN zum Energiediktat

In den letzten Tagen hat sich im Kanton Zug ein überparteiliches Komitee zur Bekämpfung des Energiegesetzes (EnG) gebildet. Das Komitee steht unter dem Co-Präsidium von Nationalrat *Bruno Pezzatti (FDP)*, Nationalrat *Thomas Aeschi (SVP)* und Kantonsrat *Kurt Balmer (CVP)* und zählt zurzeit 50 Mitglieder. Das überparteiliche Komitee stellt fest, dass die Bevölkerung bis heute ungenügend über das EnG informiert wurde – beispielsweise über die unrealistischen Verbrauchsrichtwerte, die hohen Kosten und die unsoziale Lastenverteilung. Bis zur Abstimmung am 21. Mai will das Komitee „Energiegesetz NEIN“ so gut wie möglich den Informationsstand der Bevölkerung verbessern.

Unrealistische Reduktion des Energieverbrauchs um 43 %

Artikel 3 des EnG verlangt bis ins Jahr 2035 pro Kopf und Jahr Einsparungen von 43 % auf dem gesamten Energieverbrauch. Beim Elektrizitätsverbrauch, der ja laufend überdurchschnittlich zunimmt (Wärmepumpen, Elektromobilität, IT etc.) wird bis 2035 eine Reduktion von 13 % pro Kopf und Jahr vorgegeben, bei allen anderen Energieträgern muss der Verbrauch um 53 % gesenkt werden. Diese Einsparungen sind mit den im EnG verlangten Massnahmen (1. Massnahmenpaket) bei weitem nicht erreichbar. Es sollte deshalb mit dem Klima- und Energielenkungssystem (KELS) ein zweites Massnahmenpaket geschnürt werden. Das zweite Massnahmenpaket wurde vom Parlament jedoch nicht behandelt, um die Bevölkerung wegen der immensen Kosten nicht aufzuschrecken.

Jahreskosten von 3200 Franken (Ø pro Haushalt)

Im EnG wird die KEV-Abgabe auf 2,3 Rappen pro kWh Strom erhöht (heute 1,2 Rp). Die KEV-Abgabe führt zu einer jährlichen Abgabenlast von 1,3 Milliarden Franken oder durchschnittlich 160 Franken pro Kopf. Für einen vierköpfigen Haushalt macht dies im Durchschnitt etwa 650 Franken im Jahr aus – und nicht 44 Franken wie Bundesrätin Leuthard irreführend verkündete. Diese KEV-Steuer ist im neuen EnG befristet und soll bis 2045 vollständig auslaufen – was allerdings kaum zu erwarten ist, da noch nie eine Steuer abgeschafft wurde.

Happig werden die Kosten dann vor allem mit dem zweiten Massnahmenpaket: Gemäss Unterlagen des Bundes ist bis 2050 von einem Gesamtaufwand von etwa 200 Milliarden auszugehen. Umgerechnet macht dies im Durchschnitt rund 800 Franken pro Kopf und Jahr aus. Für einen Vier-Personen-Haushalt resultiert somit eine Belastung von durchschnittlich etwa 3200 Franken.

Unsoziale Lastenverteilung

Das EnG sieht ein Subventionssystem vor, das einerseits durch die KEV-Abgabe von 1,3 Milliarden gespeist wird. Andererseits gibt es direkte Subventionen im Gebäudebereich von weiteren 0,5 Milliarden. Zudem gibt es für Investoren neue steuerliche Abzugsmöglichkeiten im Gebäudebereich, deren Kosten die Kantone bisher noch nicht abschätzen konnten. Extrem werden die Belastungen, die im zweiten Massnahmenpaket (KELS) vorgesehen sind. Bei dessen Umsetzung kommt es beispielsweise beim Heizöl zu einer Abgabenerhöhung von 67 Franken pro 100 Liter, (zusätzlich zur bestehenden Abgabe von 22 Franken/100 Liter). Besonders schlimm ist, dass diese Kostenerhöhung neben den Hausbesitzern vor allem die Mieter trifft, die mittels Nebenkostenabrechnung diese Mehrkosten vollständig zu berappen haben. Daneben wird es massive Erhöhungen der Abgaben auf Benzin, Diesel und Gas geben, was die Bevölkerung in Berg- und Randregionen übermässig benachteiligt. Auch die energieintensive Industrie und das produzierende Gewerbe (Gastronomie, Hotellerie, Bäckereien, Metzgereien etc.) werden durch die starke Verteuerung der Energie massiv belastet. Da sind dann wieder Arbeitsplätze in Gefahr! Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung hat vom EnG also nur finanzielle Nachteile zu erwarten – die politisch einflussreiche Gruppe der Subventionsbezüger freut sich über die Milliardengelder!

Kein ökologischer Nutzen absehbar

Diesem grossen Kostenaufwand und der wachsenden bürokratischen Planwirtschaft steht praktisch kein ökologischer Nutzen gegenüber. Windräder beeinträchtigen das Landschaftsbild und bringen keinen spürbaren Stromertrag. Vor allem aber: Je mehr subventionierter Solarstrom im Sommer produziert wird, umso mehr schadet dies – wegen des entstehenden Überangebotes – unserer Wasserkraft. Da im Winter zudem nur bescheidene Mengen an Solarstrom zur Verfügung stehen, muss der höhere Winterstromverbrauch mit importiertem Strom aus Kohlekraftwerken im Ausland gedeckt werden. Es kommt hinzu, dass etwa ab 2023 die Versorgungssicherheit beim Strom nicht mehr gegeben ist (Verknappung in Süddeutschland!) und mit dem Bau von mindestens fünf Gaskraftwerken im Inland gerechnet werden muss.

Für Nachfragen:

Konrad Studerus, Medienverantwortlicher
076 381 27 20

Für das überparteiliche Zuger Komitee
Energiegesetz NEIN

Foto: Co-Präsidium Überparteiliches Zuger Komitee Energiegesetz NEIN“ (vlnr):
Nationalrat Bruno Pezzatti (FDP), Kantonsrat Kurt Balmer (CVP), Nationalrat Thomas Aeschi (SVP)